

Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.

Verein zur Entwicklung der Elbinseln im Herzen Hamburgs



Aufwertung ja – Verdrängung nein

JA zur Aufwertung als Entwicklung eines lebendigen Stadtteils

- Wir wollen, dass endlich Schluss ist mit den realen Abwertungen: nicht noch eine neue Autobahn quer durch die Insel, nicht noch mehr LKW mitten in der Nacht, nicht noch mehr Abgase und Lärm, nicht noch mehr Containerberge.
- Wir wollen, dass der Wert dieser Insel und ihrer Menschen geschätzt wird.
- Wir wollen, dass die jungen Menschen, die hier – zum Glück für den Stadtteil und zum Glück für Hamburg – in hoher Zahl aufwachsen, endlich bessere Chancen haben.



Gründerzeithäuser als Ziel von Gentrifikation:
St.Georg 2007, Ottensen 2007, Schanzenviertel 2007: immer weniger Kinder im Stadtteil
Wilhelmsburg 2013: Szeneviertel oder Ort der Vielfalt?

NEIN zur Aufwertung als Regiment des Geldes

Neuerdings holen sich einige Rat beim Vermögensberater:

- „Neulich sagte jemand zu mir, dem ich unser Konzept erklärte: 'Mein Vermögensberater hat mir letzte Woche angedient, ich müsse Wohnungen auf der Veddel und in Wilhelmsburg kaufen. Besser könnte ich in Hamburg nicht investieren'. Dieses Gefühl muss man erzeugen: dass da ein Viertel im Aufbruch ist.“ (Senator Dräger im Spiegel, Oktober 2007).

Wenn Vermieter ihre Häuser renovieren, wollen sie auch etwas zurück haben – hier aber geht es um Vermögensplanung, die nicht mehr mit dem Interesse an dem Stadtteil verbunden ist.

NEIN zur Aufwertung als Verdrängung von Kindern, Jugendlichen und den Ärmern

„Vorbilder“ für Aufwertung in Hamburg sind St. Georg, Ottensen und das Schanzenviertel. In St. Georg beispielsweise ist die Zahl der dort Wohnenden von 1992 bis 2005 von 16.000 auf 10.000 zurückgegangen, die Zahl der Kinder und Jugendlichen noch viel mehr: von 2600 auf jetzt nicht einmal mehr 1000.

Gleichzeitig sind die Mieten gestiegen, die Straßen werden zunehmend als gehobenes Wohngebiet eingestuft und schöne Eigentumswohnungen kosten von 500.000 Euro an aufwärts.

JA zur politischen Verantwortung

Der Hamburger Staat und die IBA sind nicht bloß Zuschauer der Aufwertung. Sie schaffen Bedingungen und Regeln – und sie setzen Regeln, die Menschen schützen, teilweise auch außer Kraft.

Zu fordern ist:

- keine – auch keine versteckte – Privatisierung von Wohnungsbaunternehmen wie der SAGA/ GWG
- Fortführung eines sozialen Wohnungsbaus
- Keine Umwandlung von Wohngebieten in Mischgebieten mit vermindertem Lärmschutz
- Prüfung von sozialen Erhaltungssatzungen, bevor Menschen verdrängt sind